

Wirtschaft denkt weiter – DIHK-Klimaposition auf dem Prüfstand

Vorbemerkung und Kontext

Das [DIHK-Positionspapier „Klimaschutz effizienter erreichen und international abstimmen“](#), beschlossen auf der DIHK-Vollversammlung am 27. November 2025, beansprucht, die Interessen der deutschen Wirtschaft in Fragen der Energie- und Klimapolitik zu vertreten. In der Wirtschaft ist das Papier umstritten, da Kosten ausgeblendet werden und Empfehlungen ausgesprochen werden, die Unternehmen auf dem Modernisierungspfad und damit der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland schaden. Die Modernisierung der Wirtschaft hin zu mehr Klimaschutz und erneuerbarer Energieversorgung ist keine Belastung, sondern vielmehr eine Chance. Viele Unternehmen haben das erkannt und investieren entsprechend. Das DIHK-Papier unterschätzt die Kosten des Nichthandelns, schwächt durch seine Empfehlungen die Investitions- und Planungssicherheit und spricht dabei im Namen der Mitgliedsunternehmen, deren Interessen es aber nicht vollständig abbildet.

Im März 2026 wurde ein weiteres Papier unter dem Titel „[Klimaschutz effizient und wirksam gestalten](#)“ beschlossen. Hier bekennt sich die DIHK expliziter zu erneuerbaren Energien als zentralem Bestandteil der Transformation, befürwortet den Start des ETS II im Jahr 2028 und macht Ausführungen zu Kreislaufwirtschaft, Rohstoffversorgung und Elektrifizierung. Die Grundlogik aber bleibt: Die DIHK fordert, Emissionshandelspfade zu strecken und Mehremissionen gegenüber dem Status quo zu ermöglichen – nun über internationale Klimaschutzzertifikate ab 2036 statt wie zuvor offen formuliert. Nationale Verpflichtungen sollen durch externe Kompensationsmechanismen aufgeweicht werden, statt verbindliche Reduktionspfade einzuhalten. Eine Forderung oder das Bekenntnis zu verbindlichen Ausbauzielen fehlt weiterhin, die wirtschaftlichen Chancen ambitionierten Klimaschutzes bleiben unterbelichtet.

Die DIHK schreibt auf ihrer [Webseite](#), dass die DIHK-Klimapositionen auf dem November-Papier und der [Studie von Frontier Economics](#) basieren.

1. Verzernte Darstellung der wirtschaftlichen Realität

Das Papier stellt die Energiewende als wirtschaftliche Belastung mit Kosten von 5,4 Billionen Euro dar und warnt vor Stilllegungen und Abwanderungen. Diese Rechnung ist unvollständig und in ihrer Wirkung irreführend, weil sie die Kosten des Nichthandelns systematisch ausblendet. Laut dem [Global Risks Report des Weltwirtschaftsforums](#) gehören Klimarisiken zu den größten wirtschaftlichen Bedrohungen überhaupt. Durch Klimaschäden, verpasste Innovationschancen und steigende Rohstoffpreise entstehen langfristig deutlich höhere volkswirtschaftliche Kosten als durch entschlossenes Handeln heute. Unternehmen, die frühzeitig in die Transformation investieren, sichern sich gegen künftige regulatorische Verschärfungen und Marktveränderungen ab.

Ebenso ignoriert die einseitige Kostendarstellung die erheblichen Wertschöpfungspotenziale der Transformation. Der [globale Markt für Klimaschutztechnologien](#) wird auf mehrere Billionen Euro geschätzt. Diese Märkte können deutsche Unternehmen nur dann erschließen, wenn sie technologisch führend bleiben.

2. Internationale Verantwortung und Glaubwürdigkeit

Das DIHK-Papier schlägt vor, Deutschland solle seine Klimaambitionen an den Fortschritten anderer Länder ausrichten und bei ausbleibenden internationalen Fortschritten das eigene Emissionsbudget ausweiten. Diese Position untergräbt Deutschlands Glaubwürdigkeit und Einfluss in internationalen Klimaverhandlungen grundlegend. Klimadiplomatie funktioniert nach dem Prinzip des „leading by example“: Wer selbst zurückrudert, verliert die Autorität, andere zu ambitionierterem Handeln zu bewegen. Als historisch bedeutender Emittent – die deutschen Pro-Kopf-Emissionen liegen noch immer deutlich über dem globalen Durchschnitt – trägt Deutschland eine besondere Verantwortung.

Darüber hinaus haben die deutschen Klimaziele inzwischen nicht nur einfach gesetzlichen Rang im Bundesklimaschutzgesetz, sondern sind – wie ein [Rechtsgutachten](#) belegt – auch verfassungsrechtlich und völkerrechtlich, etwa durch die Europäische Menschenrechtskonvention, verankert. Eine Aufweichung der Ziele wäre international als Vertrauensbruch wahrgenommen und rechtlich nicht ohne Weiteres zulässig.

3. Die Gefahr eines Unterbietungswettlaufs

Die Logik des Papiers, wonach Deutschland seine Klimastandards an den schwächsten internationalen Wettbewerbern ausrichten soll, führt zu einem Race to the Bottom und gefährdet langfristig den Wirtschaftsstandort. Diese Einschätzung beruht auf drei Beobachtungen.

Erstens verschärfen die meisten Industrie- und Schwellenländer ihre Klimaziele kontinuierlich. China investiert massiv in erneuerbare Energien, Batteriespeicher und Elektromobilität; [Indien](#) und [Pakistan](#) bauen Solarkapazitäten in einem Tempo auf, das vor wenigen Jahren kaum vorstellbar war. Wer in diesem Umfeld bremst, verliert den Anschluss. Zweitens sind First-Mover-Vorteile wissenschaftlich gut dokumentiert. Deutschland hat bei früheren Technologiesprüngen – namentlich Solarenergie und Windkraft – zunächst von Pionierrollen profitiert, diese Märkte dann aber an andere verloren, als die politische Unterstützung nachließ. Eine erneute Zurückhaltung droht denselben Fehler zu wiederholen. Drittens orientieren sich Investor:innen, Versicherungen und internationale Kapitalmärkte zunehmend an ESG-Kriterien. Unternehmen in Ländern mit ambitionierter Klimapolitik haben besseren Zugang zu nachhaltigem Kapital.

4. Jahresscharfe Ziele als Voraussetzung für Investitionssicherheit

Das Papier argumentiert, jahresscharfe Klimaziele führten zu Kostensteigerungen um das Vier- bis Fünffache und ein flexibler Budgetansatz sei effizienter. Diese Argumentation verkennt die Realität unternehmerischer Investitionszyklen. Verbindliche Zwischenziele schaffen genau die Planungssicherheit, die Unternehmen für langfristige Investitionsentscheidungen benötigen. Ein atmendes System ohne verbindliche Meilensteine erhöht die Unsicherheit und kann Investitionen verzögern oder gar verhindern.

Hinzu kommt: Späteres Handeln wird nach wissenschaftlichem Konsens exponentiell teurer. Jede verzögerte Einheit CO₂-Reduktion erfordert später drastischere und kostspieligere Maßnahmen. Das vermeintlich effiziente flexible Budget ist in der Gesamtrechnung häufig das teurere Instrument.

5. Emissionshandel allein genügt nicht

Das DIHK-Papier schlägt vor, einen umfassenden Emissionshandel als zentrales Instrument zu etablieren und deshalb spezifische Ausbauziele für erneuerbare Energien abzuschaffen. Diese Position übersieht strukturelle Grenzen des ETS und ein erhebliches systemisches Risiko. Der Emissionshandel adressiert den CO₂-Preis, nicht aber Infrastrukturdefizite oder Lock-in-Effekte. In Sektoren wie der Wärmewende ist seine Lenkungswirkung zudem begrenzt: Mieter:innen können auf Preisdruck beim Heizen nicht eigenständig reagieren, weil sie keinen Einfluss auf die Heizungsanlage haben.

Der Ausbau erneuerbarer Energien erfordert massive Infrastrukturinvestitionen mit langen Vorlaufzeiten. Ohne verbindliche Ausbauziele entsteht keine Investitionssicherheit für Netzbetreiber und Erzeuger, und ohne diese Sicherheit unterbleibt der notwendige Ausbau. Erschwerend kommt hinzu, dass das ETS-System selbst politischen Angriffen ausgesetzt ist und zunehmend in Frage gestellt wird. Bleibt es das einzige schlagkräftige Klimaschutzinstrument, entsteht ein Klumpenrisiko. Erfolgreiche Energiewenden – etwa in [Dänemark oder Schweden](#) – kombinieren CO₂-Bepreisung stets mit spezifischen Ausbauzielen und Effizienzstandards.

6. Regionale Wertschöpfung und das Potenzial von Pionierregionen

Das Papier bewertet regionale Klimaziele auf Landes- oder kommunaler Ebene als nachteilig, weil sie bei gegebenem EU-Budget lediglich zu Verlagerungseffekten führten. Diese Sichtweise unterschätzt die Bedeutung regionaler Innovation und lokaler Lösungen erheblich. Viele erfolgreiche Klimaschutzprojekte – Quartierskonzepte, lokale Energiegenossenschaften, neue Mobilitätslösungen – entstehen auf kommunaler Ebene und schaffen nicht nur Emissionsminderungen, sondern auch lokale Wertschöpfung und Beschäftigung. Ambitionierte Regionen wirken zudem regelmäßig als Treiber für nationale und europäische Zielverschärfungen. Wer regionale Pionierleistungen kleinredet, unterschätzt eine der wichtigsten Quellen politischer und technologischer Erneuerung. Das zeigt auch eine vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebene [Studie](#).

7. Benachteiligung des innovativen Mittelstands

Die Forderung des Papiers, staatliche Förderungen massiv zu reduzieren und auf Risikoabsicherung zu beschränken, trifft kleine und mittlere Unternehmen unverhältnismäßig hart. Während Großunternehmen über eigene Risikobudgets und Finanzierungskapazitäten verfügen, sind KMU auf öffentliche Unterstützung angewiesen, um Transformationsrisiken zu schultern. Eine pauschale Kürzung von Förderungen begünstigt faktisch Konzerne und benachteiligt den innovativen Mittelstand – das Gegenteil dessen, was eine Interessenorganisation der gewerblichen Wirtschaft anstreben sollte. Die internationale Dimension verstärkt diesen Befund: China, Japan, die USA und zahlreiche weitere Volkswirtschaften investieren massiv in grüne Industriepolitik. Wenn Deutschland Förderungen zurückfährt, verlieren deutsche Unternehmen strukturelle Vorteile im globalen Technologiewettbewerb.

8. Widersprüchliche Technologieneutralität als Verzögerungstaktik

Das Papier fordert, der Staat solle technologieneutral agieren und nicht als Technologieleiter auftreten. Problematisch ist die Verzögerung von Strukturwandel und Investitionsentscheidungen durch eine pauschal vorgegebene Neutralität in den Bereichen, wo die technologische Überlegenheit erwiesen ist – Wärmepumpen gegenüber Gasheizungen, Elektromobilität gegenüber Verbrennern. Das Argument ist zudem in sich widersprüchlich: Das DIHK-Papier fordert an anderer Stelle massive

staatliche Investitionen in Wasserstoff- und CO₂-Infrastrukturen – also eine sehr konkrete technologische Prioritätensetzung. Der Aufbau neuer Infrastrukturen erfordert zwingend staatliche Koordination, die der Markt allein nicht leisten kann. Die DIHK kann nicht gleichzeitig einerseits Technologieneutralität fordern und andererseits staatlich geförderte Infrastrukturprogramme für einzelne Technologien verlangen.

Gesamtbewertung

Die DIHK hat mit ihrer Replik zur Kritik an ihrer Klimapositionierung und dem März-Papier auf den Druck aus der Mitgliedschaft reagiert. Das ist grundsätzlich anzuerkennen. Einzelne Perspektiven – das explizite Bekenntnis zu erneuerbaren Energien, die Unterstützung des ETS II, die Anerkennung der Elektrifizierung als Transformationspfad – sind echte Fortschritte.

Die Grundlogik aber bleibt: Die Klimapositionen bleiben wirtschaftspolitisch einseitig, indem sie die Kosten des Nichthandelns systematisch ausblenden und Transformation vorwiegend als Belastung statt als Chance rahmen. Sie schwächen die Investitionssicherheit, indem sie verbindliche Ausbauziele in Frage stellen und Emissionspfade durch Zertifikatslösungen flexibilisieren wollen. Sie sind technologisch inkonsistent, indem sie gleichzeitig Neutralität fordern und konkrete Präferenzen für bestimmte Instrumente formulieren. Sie benachteiligen KMU strukturell, indem sie Förderreduzierungen fordern, ohne die internationale Dimension staatlicher Industriepolitik zu berücksichtigen. Und sie bilden die Meinungsvielfalt innerhalb der Mitgliedschaft trotz aller Beteuerungen nicht hinreichend transparent ab.

Kontakt

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Geschäftsstelle | Unterbaumstraße 4 | 10117 Berlin
+49 (0) 30 325 99 683

info@bnw-bundesverband.de | www.bnw-bundesverband.de